

Kurzt notiert

Krebstherapie. Österreich liegt bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Krebsversorgung im EU-Spitzenfeld. Deutschland und die Niederlande hatten 2018 jeweils 524 Euro pro Kopf an Gesamtkosten für Krebs aufgewendet und damit am meisten aller Mitgliedsländer. Österreich lag mit 440 Euro pro Kopf ebenfalls deutlich über dem EU-Schnitt von 326 Euro, teilte die OECD am Mittwoch mit.

Gesamtschule. Das Land Vorarlberg will in Sachen Gemeinsamer Schule der 10- bis 14-Jährigen einen neuen Anlauf nehmen. Das hat Schullandesrätin Barbara Schöbi-Fink (ÖVP) am Mittwoch im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ des Landtags angekündigt. Man werde in den nächsten Wochen einen „neuen Prozess“ starten und „einen Sprengel einladen, sich auf den Weg zu machen“, sagte Schöbi-Fink.

Eurofighter. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat im Prozess um die Briefkastenfirma „City Chambers“ ihre Nichtigkeitsbeschwerde zurückgezogen. Somit sind die Freisprüche von Ende Juni 2022 für beide Angeklagten rechtskräftig.

ÖH. Die Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH), Keya Baier, darf ihre Nominierung in den Universitätsrat der Uni Salzburg doch nicht antreten. Grund ist eine Unvereinbarkeit mit diversen Funktionen bei den Grünen und Alternativen StudentInnen (Gras). Das Universitätsgesetz schließt Funktionäre politischer Parteien von einer Mitgliedschaft in einem Uni-Rat aus. Die Regierung nominierte stattdessen Gabriele Ambros, die Präsidentin der Forschung Austria.

Erratum. In der Ausgabe vom Dienstag unterlief uns ein Fehler im Bericht über den Nationalrat. Neos-Abgeordnete Karin Doppelbauer sprach von einem „populistischen Bauchfleck“, bezog sich damit aber auf die Dringliche Anfrage der SPÖ, nicht auf deren Beantwortung durch Finanzminister Magnus Brunner. Dies war falsch wiedergegeben. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Nutzen geringerer Tempolimits „wissenschaftlich nachgewiesen“

Leiter der Verkehrsinstitute der TU Wien, Boku und Uni Innsbruck verfassten offenen Brief.

Verkehrsexperten haben in einem offenen Brief an die Bundesregierung eine Temporeduktion auf Österreichs Straßen gefordert. Für ein Limit von 30 Stundenkilometern im Ortsgebiet, 80 km/h auf Freilandstraßen sowie 100 km/h auf Autobahnen gebe es „gute wissenschaftliche Gründe“. Das Verkehrsministerium bleibt jedoch bei seinem Nein für niedrigere Tempolimits – weil es im Nationalrat keine Mehrheit dafür gebe, hieß es gegenüber der APA.

Zustimmung erhielten die Wissenschaftler vom Verkehrsclub Österreich (VCO) sowie Klimaaktivisten wie der „Letzten Generation“ oder Umweltschutzorganisationen wie Global 2000. Der ÖAMTC ist weiter gegen gesetzlich verordnete Tempolimits und setzt auf Überzeugungsarbeit.

Klimaschutz- und Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) hat im Sommer einem niedrigeren Tempolimit zwar eine Absage erteilt, hält es jedoch prinzipiell für sinnvoll. Dabei blieb das Ministerium auch am Mittwoch in einer Stellungnahme. „Geringes Tempo führt zu weniger Verkehrstoten, verursacht weniger klimaschädliche Emissionen und spart durch den geringeren Treibstoffverbrauch auch Geld. Es gibt jedoch für eine gesetzliche Änderung der Höchstgeschwindigkeiten im Nationalrat keine Mehrheit. ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos haben sich dagegen ausgesprochen. Das ist in unserer Demokratie selbstverständlich zu akzeptieren“, hieß es aus dem Ministerium. Zeitgleich wurde jedoch appelliert, langsamer zu fahren.

Seit Jahren weist auch das Umweltbundesamt darauf hin, dass eine Reduktion der Geschwindigkeit sinnvoll sei. Gegenüber der „Wiener Zeitung“ rechnete Günther Lichtblau, Klimaexperte im Umweltbundesamt, im Juli vor,



Foto: apa / dpa / Patrick Seeger

dass bei Tempo 100 statt wie derzeit 130 auf der Autobahn rund 23 Prozent an Sprit eingespart werden können.

Der ÖAMTC verwies nun darauf, dass Tempo 130 in der EU keine Ausnahme, sondern die Regel sei. Für die EU stimmt das, bei der Betrachtung von Gesamteuropa wird aber klar, dass die skandinavischen Länder, die auch deutlich weniger Verkehrstote aufweisen, geringere Tempolimits haben. Die niedrigste Anzahl an Verkehrstoten pro Million Einwohnerinnen und Einwohner hat in Europa Norwegen mit 15, berich-

tete der VCO unter Berufung auf Daten des European Traffic Safety Council von 2021. In Norwegen gilt eine Begrenzung von 100 Stundenkilometern, in Schweden von 110 km/h.

Schweizer votierten gegen höhere Tempolimits

In der Schweiz gilt seit den 1980er-Jahren auf Autobahnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h und auf Überlandstraßen, auf denen in Österreich Tempo 100 gilt, ist in der Schweiz bei 80 km/h Schluss. Im Jahr 1989 war eine Volksabstimmung,

die eine Angleichung an die Regelung in Österreich zum Ziel hatte, sehr klar gescheitert. Nur 38 Prozent der abstimmenden Schweizerinnen und Schweizer votierten damals für höhere Geschwindigkeitslimits.

In ihrem Schreiben der Leiterinnen und Leiter von Verkehrsinstituten der Technischen Universität (TU) Wien, der Universität für Bodenkultur (Boku) Wien und der Uni Innsbruck, betonen die Wissenschaftler, dass eine Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten die effizienteste Maßnahme zur Reduktion verkehrsbedingter Treibhausgasemissionen sei. Außerdem es sei es die wirkungsvollste Maßnahme zur Reduktion der Zahl der Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr und eine der effektivsten Maßnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen. Das sei „wissenschaftlich zweifelsfrei nachgewiesen“, heißt es in dem offenen Brief.

Dieser ist auch an den Nationalrat und die Bundesländer gerichtet und wurde von Günter Emberger (Forschungsbereich Verkehrsplanung und Verkehrstechnik, TU Wien), Martin Berger (Forschungsbereich Verkehrssystemplanung, TU Wien), Astrid Gühnmann (Institut für Verkehrswesen, Boku) und Markus Mailer (Arbeitsbereich Intelligente Verkehrssysteme, Universität Innsbruck) initiiert.

Die Wissenschaftler fordern eine Ausweitung der Kontrolldichte, damit zulässige Höchstgeschwindigkeiten eingehalten werden, eine Reduktion der Messstoleranzen bei Radarkontrollen auf das technisch notwendige Minimum, eine Abschaffung der bundesländerspezifischen „Straftoleranzen“ sowie eine bundesweite Vereinheitlichung der Strafhöhen und deren Anhebung, „um die präventive Wirkung zu erhöhen.“ ■

Schwächen bei Sozialhilfe

Armutskonferenz fordert Verbesserungen bei Umsetzung in den Ländern.

Die Armutskonferenz hat am Mittwoch auf Lücken in der neuen Sozialhilfe hingewiesen. Ziel eines modernen sozialen Netzes sollte sein, „dass es Grundrechte statt Almosen“ gibt, sagte Armutsexperte Martin Schenk von der Diakonie Österreich bei einer Pressekonferenz in Wien. Die Sozialhilfe versage in der Krise, so die Botschaft. In insgesamt 19 Punkten werden Reformen vorgeschlagen, allen voran im Bereich des Wohnbedarfs.

Das neue Sozialhilfegesetz, das mittlerweile von sieben der neun Bundesländern umgesetzt worden sei (nur in Wien und Tirol gilt noch die alte Mindestsicherung), führe zu einer Ausbreitung der Not. „Wer von der Teuerung spricht, darf jedenfalls zur schlechten Sozialhilfe nicht schweigen“, sagte Schenk.

In Niederösterreich wurden Anfang Dezember neue Bestimmungen erlassen, um Probleme zu beheben, die Menschen mit Be-

hinderungen (und Angehörige) betroffen haben. Doch auch diese Reparatur hat, wie die „Wiener Zeitung“ berichtete, nicht alle Schwachstellen behoben. So soll auch das neue Gesetz für Ungerechtigkeiten, Bezugsstreichungen und -kürzungen sorgen, wenn Menschen mit Behinderung im selben Haushalt wie ihre Familie leben und volljährig sind.

Wohnkosten zu niedrig

Damit auch Eltern von erwachsenen Kindern mit Behinderung den vorgesehenen Zuschlag für Alleinerhalter bekommen, wäre eine erneute Adaptierung der Bestimmung nötig, erklärte Jelena Marijan-Lueger, Juristin beim „SozialRechtsNetz“. „Sobald das 18. Lebensjahr erreicht wird, wird der Zuschlag nicht mehr gewährt, obwohl sich ja nichts ändert für die Familie“, erklärt Bühler.

Doch es gibt auch andere Schwächen, wie die Armutskonferenz berichtet, insbesondere die

Wohnkosten seien ein Problem. Norbert Krammer vom „VertretungsNetz“ führte aus, dass die Höchstsätze zur Abdeckung des Wohnbedarfs „viel zu niedrig“ bemessen seien. Der Wohnanteil für alleinstehende Menschen betrage etwa in Salzburg 660 Euro – für eine kleine Wohnung zahle man aber im österreichweiten Durchschnitt bereits 588 Miete pro Monat inklusive Betriebskosten. Hier sind allerdings die Kosten für Heizung, Strom und Hausrat noch nicht miteingerechnet. „Man merkt schnell, das geht sich nicht aus.“ Die Folge sei, dass die Betroffenen auch Mittel zur Deckung der Wohnkosten verwenden müssen, die eigentlich zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhalts gedacht sind.

„Die Absicherung in Notlagen funktioniert nicht mehr“, so Krammer. Diverse Einmalzahlungen und Teuerungs-Ausgleiche seien lediglich ein „Tropfen auf den heißen Stein.“ ■

NÖ-Wahl: Mikl-Leitner führte erste Gespräche

Neuer SPÖ-Chef Hergovich war erster Gast im Landhaus.

Am Mittwoch haben die ersten Gespräche von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) mit den Spitzen der anderen Parteien nach der niederösterreichischen Landtagswahl begonnen. Den Anfang machte der designierte SPÖ-Landespartei-Chef Sven Hergovich. „Es war ein gutes erstes Gespräch“, teilte ein Sprecher von Mikl-Leitner auf Anfrage der APA mit. Am Nachmittag waren Treffen mit FPÖ-Landespartei-Chef Udo Landbauer, Grünen-Landessprecherin Helga Krüger und Neos-Landeschefin Indra Collini geplant.

„Jetzt beginnt die Aktion ‚Graben zuschütten‘“, hieß es im Vorfeld der Gespräche aus dem Büro der Landeshauptfrau. Es gehe darum, gegenseitiges Vertrauen wieder aufzubauen. Stellungnahmen rund um die Gespräche waren nicht geplant. Es gehe um eine

erste Analyse, wie eine Zusammenarbeit ausschaue könnte, wurde mitgeteilt. Auch mit den Neos sollte ein Termin bereits am Mittwoch stattfinden.

Erste Verhandlungen sollen nach Angaben der Volkspartei Mitte Februar beginnen. Auf ÖVP-Seite wird der scheidende Klubobmann Klaus Schneeberger die Gespräche führen.

Die ÖVP hat nicht nur ihre Mehrheit im Landtag, sondern auch in der Landesregierung verloren. Da die Neos und Grüne aber aufgrund des Proporz nicht in der Regierung vertreten sind, kommt eine Koalition mit diesen Parteien (wie in Salzburg) nicht in Frage, auch wenn es eine Mehrheit im Landtag gäbe. Die FPÖ hat die SPÖ am Sonntag überholt und stellt künftig, unabhängig von einer Koalition, den Landeshauptfrau-Stellvertreter. ■